

Pressemitteilung Berner Schiesssportverband

Der Berner Schiesssportverband beschliesst einstimmig die NEIN-Parole zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie! Das neue Gesetz sei nutzlos, unrecht, freiheitsfeindlich, gefährlich und antischweizerisch. Das Schiesswesen würde durch eine Annahme in seinen Fundamenten erschüttert.

In der der Mehrzweckhalle in Riffenmatt versammelten sich heute die Delegierten des grössten Kantonalen Schützenverbandes der Schweiz zur ordentlichen Delegiertenversammlung. Neben den statutarischen Geschäften überbrachten Regierungsrat Philippe Müller und Grossratspräsident Jürg Iseli die Kantonalen Grussworte. Zudem wurde auch über die Verschärfung des Waffengesetzes debattiert. Einstimmig beschlossen die 200 Delegierten des Berner Schiesssportverbandes die NEIN-Parole.

Waffenrecht: Auf dem Spiel steht das Fundament unserer freien Gesellschaft.

Die Delegierten können die Behauptung, dass die Annahme dieses Gesetzes nötig sei zur Bekämpfung von Terror oder zur Verhinderung von Missbrauch nicht verstehen. Die islamistischen Terroranschläge, die die EU zur Legitimation ihrer Richtlinie vorschiebt, wurden allesamt mit illegal beschafften Waffen begangen. Deshalb sei das Gesetz nutzlos, weil es beinhalte keinen einzigen Artikel, der einen Terroranschlag verhindere. Zudem sei es unverhältnismässig die legalen Waffenbesitzer mit derartigen Auflagen und Verboten zu bestrafen, ohne dass irgendein Ziel sinnvolles erreicht werde. Auf dem Spiel stehe das Fundament unserer freien Gesellschaft. Nämlich das Recht auf Waffenbesitz. Mit der vom Parlament beschlossenen Übernahme der EU-Waffenrichtlinie würde der Erwerb und Besitz von handelsüblichen Waffen grundsätzlich verboten. Für Schützen, die dem Staat ein Bedürfnis für den Besitz einer Waffe nachweisen können (das heisst, die sich gegenüber den Behörden erfolgreich rechtfertigen können), verspricht der Bund zwar Ausnahmegewilligungen.

Erstens ändere dies aber nichts daran, dass der Zugang zu Legalwaffen prinzipiell auf die Organe des Staates beschränkt würde und die Bürger ihr Recht auf Waffenbesitz verlören. Und zweitens würde es diese Ausnahmegewilligungen auch für Schützen bald nicht mehr geben. Artikel 17 der EU-Waffenrichtlinie enthält nämlich einen Kontroll- und Evaluationsmechanismus, bei dem es sich de facto um einen automatischen Verschärfungsmechanismus handelt. Bei der nächsten Verschärfung würde das deshalb bedeuten, dass mit einem Ja am 19. Mai, Sturmgewehre, Pistolen etc. in wenigen Jahren vom Staat eingezogen würden.

Die Schützen stehen zu Schengen – aber nicht zu Hysterie

Die Schweiz sei auch dank den Schützen seit 2006 Schengen-Mitglied mit dem Ziel, trotz offener Grenzen innerhalb Europas durch eine verstärkte europäische Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und eine koordinierte Abwicklung der Asylgesuche zu sorgen. Die Berner Schützen haben dem Schengenvertrag zugestimmt, in gutem Glauben daran, dass damit die Waffenrechtsdebatte gemäss Versprechen des Bundesrates erledigt sei. Nun seien das scheinbar nur leere Worthülsen gewesen!

Der Bundesrat droht nun bei einer Nichtannahme der Vorlage durch das Volk, dass die Schweiz aus dem Schengen- und Dublin-Abkommen geworfen werde. Das ist eine reine Angstmacherei, fanden die Delegierten, denn die Schengenstaaten hätten kaum ein Interesse daran, aus der Schweiz einen weissen Fleck ohne kriminaltechnischen Datenaustausch mitten im Schengenraum zu machen. Die EU hätte auch absolut kein Interesse, dass die 300'000 Grenzgänger plötzlich an der Grenze wieder kontrolliert und dass auf die über 100 Millionen Franken aus der Schweiz verzichtet würde.

Wir brauchen ein Nein also nicht zu fürchten, sondern müssen heute das tun, was richtig ist. Der Berner Schiesssportverband sagt mit gutem Gewissen mit seinen rund 550 Vereinen und ca. 27'000 Mitgliedern NEIN zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie.